



Presseschau vom 26.09.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: HIMARS, Handbücher und Zeitpläne – Wie das Wall Street Journal westliche Planungen enthüllt

Wann begannen die westlichen Vorbereitungen auf den Krieg in der Ukraine wirklich? Die Entscheidungen zur Lieferung westlicher Waffensysteme waren keineswegs so spontan, wie es scheint. Ein Artikel des Wall Street Journal legt das zumindest sehr nahe. ...

<https://kurz.rt.com/37ls> bzw. [hier](#)

Memoree Joelle: Sowohl die Linken als auch die Rechten verstehen die Genderdebatte falsch

Der Kulturkampf um das Thema Geschlecht und Gender hat die westlichen Gesellschaften stark polarisiert. Beide Seiten vertreten extreme Positionen und beide Extreme sind falsch. Zeit für eine kräftige Dosis Realität. ...

<https://kurz.rt.com/37c3> bzw. [hier](#)

T. J. Wellbrock: Scheinberichte über "Scheinreferenden" – Ein deutscher Energiemanager soll Job verlieren

Nahezu alle deutschen Mainstreammedien sind sich einig, dass es sich bei den von Russland durchgeführten Referenden im Donbass um "Scheinreferenden" handelt. Der NDR hat mir gegenüber sogar begründet, warum das so ist. Derweil wurde ein Wahlbeobachter voraussichtlich kurzerhand seinen Job los. ...

<https://kurz.rt.com/37oj> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

20:32 de.rt.com: Deutschem Wahlbeobachter droht Entlassung als Geschäftsführer eines kommunalen Energieversorgers

Unter den deutschen Wahlbeobachtern bei den Referenden in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie den Regionen Cherson und Saporoschje dürfte Stefan Schaller der Prominenteste sein. Schaller ist Geschäftsführer des kreiseigenen Energieversorgers im Landkreis Waldeck-Frankenberg (Hessen). Er bestätigte auf Nachfrage der Lokalzeitung HNA, dass er auf Einladung Russlands den Gang der Abstimmung beobachtet. Er betonte aber, dass dies nichts mit seiner Tätigkeit als Geschäftsführer zu tun habe:

"Ich wollte mir vor Ort ein Bild von der Situation machen. Auch weil ich glaube, dass objektive Informationen nie falsch sein können. (...) Das ist rein privat, ich habe dafür Urlaub genommen."

Am Sonntag kündigte Landrat Jürgen van der Horst dennoch berufliche Konsequenzen für Schaller an. Die finale Entscheidung über dessen Freistellung als Geschäftsführer von EWF werde am Montag, dem 26. September, in einer Sitzung von Aufsichtsräten und dem EWF-Verbandsvorstand fallen, sagte van der Horst der Deutschen Presseagentur.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6330945548fbef66ec7b5b08.JPG>
G

Stefan Schaller (rechts) als Wahlbeobachter bei den russischen Duma-Wahlen 2021

20:49 de.rt.com: **Scholz vereinbart Flüssiggaslieferung und "langfristige Weiterentwicklung zur Klimaneutralität"**

Auf seiner Reise in drei arabische Länder verhandelte Olaf Scholz eine erste LNG-Gaslieferung mit den Vereinigten Arabischen Emiraten, die im Januar 2023 in Deutschland ankommen soll. Außerdem unterzeichnete er Absichtserklärungen über Kooperationen zur Klimaneutralität.

Zwei Tage war Bundeskanzler Olaf Scholz auf Dienstreise in Saudi-Arabien, in den Vereinigten Arabischen Emiraten und in Katar. Wie das Redaktionsnetzwerk Deutschland am Sonntag berichtete, habe der Kanzler dabei mit den VAE die Lieferung von 137.000 Kubikmeter Flüssigerdgas ausgehandelt, die noch in diesem Jahr auf den Weg nach Hamburg gebracht werden sollen. Mit dieser für Anfang 2023 erwarteten Lieferung, so das RND, werde Deutschland dabei geholfen, im Winter die Wohnungen zu heizen.

Nach Betreiberangaben sei allerdings vor dem Krieg in der Ukraine allein am 1. Februar "Gas mit einer Energiemenge von 1,7 Millionen Kilowattstunden durch die Pipeline Nord Stream 1 geflossen." Die aktuell vereinbarte Lieferung von 137.000 Kubikmetern Flüssiggas für RWE per Schiff aus den Vereinigten Arabischen Emiraten entspräche im Vergleich dazu nur 1,37 Millionen Kilowattstunden. Laut dem Vertrag, den der RWE-Konzern mit dem staatseigenen Unternehmen der Emirate, ADNOC, unterzeichnet hat, werden über mehrere Jahre hinweg weitere Lieferungen folgen.

Dem Bundeskanzler sei es, dem RND zufolge, bei seinen Besuchen aber auch um die "langfristige Weiterentwicklung zur Klimaneutralität" gegangen. Denn dies gehe laut Scholz "nur in enger Kooperation mit den Ländern, die bisher große Mengen fossiler Energie" gestellt hätten. Deshalb sei neben den Verträgen über die Lieferung fossiler Energie auch vereinbart worden, im Bereich der Erneuerbaren Energien zusammenzuarbeiten.

Diesbezüglich habe es auf seiner Reise eine Absichtserklärung gegeben:

"Ich begrüße die Unterzeichnung der gemeinsamen Absichtserklärung über den 'Energy Security and Industry Accelerator ESIA' (ESIA)", sagte Scholz.

ESIA werde die rasche Umsetzung strategischer Leuchtturmprojekte in den Schwerpunktbereichen Erneuerbare Energien, Wasserstoff, LNG und Klimaschutz ermöglichen, so der Kanzler.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63306dd6b480cc241953ff6c.jpg>
 Bundeskanzler Olaf Scholz auf Dienstreise in der Golfregion, 25. September 2022

20:55 de.rt.com: **USA drohen Russland mit "katastrophalen Folgen" im Falle eines Atomwaffeneinsatzes**

Die USA werden energisch zurückschlagen, sollte Russland in der Ukraine Atomwaffen einsetzen. Das sagte der nationale Sicherheitsberater von Präsident Joe Biden, Jake Sullivan, am Sonntag dem Sender CBS. Er erklärte auch, dass die Referenden in den Donbass-Republiken und den ukrainischen Regionen Cherson und Saporoschje nichts an der Unterstützung Washingtons für Kiew geändert hätten.

Jeder Einsatz von Atomwaffen werde katastrophale Folgen für Russland haben, sagte Sullivan in der TV-Sendung "Face the Nation". Er erklärte, die Regierung Biden habe Moskau sowohl privat auf "sehr hoher Ebene" als auch öffentlich mitgeteilt, dass "die Vereinigten Staaten und unsere Verbündeten entschlossen reagieren werden, wenn Russland Atomwaffen einsetzt".

Details der angedachten Antworten wollte er indes nicht nennen.

Sullivan teilte auch mit, dass Washington das Kernkraftwerk Saporoschje "genau im Auge" behalte. Um das Risiko eines katastrophalen Zwischenfalls zu verringern, wurde die Anlage als Reaktion auf den ständigen Beschuss, den beide Seiten sich gegenseitig vorwerfen, kaltgestellt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6330a1c0b480cc248b7baffd.jpg>
 Jake Sullivan (20.09.22)

21:23 de.rt.com: **Als Träger US-amerikanischer Raketen modifizierte sowjetische Flugzeuge in der Ukraine zerstört**

Russische Kampffjets haben zwei ukrainische MiG-29-Kampfflugzeuge abgeschossen, die für das Abfeuern von Anti-Radar-Waffen aus US-amerikanischer Produktion umgebaut wurden. Das teilte das russische Verteidigungsministerium am Sonntag mit.

Nach Angaben des Ministeriums waren die Flugzeuge, die in dem südukrainischen Gebiet Nikolajew abgefangen wurden, in der Lage, AGM-88 High-Speed Anti-Radiation Missiles (HARM) zu tragen, die zur Zerstörung von Radarstationen am Boden eingesetzt werden.

21:43 de.rt.com: **Volksabstimmungen in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk erreichen Gültigkeitsquorum**

Die Wahlbeteiligung nach drei Abstimmungstagen in den Volksrepubliken Lugansk und Donezk hat Werte von 76,09 Prozent bzw. 77,12 Prozent erreicht. Die Referenden wurden deshalb für gültig erklärt, wie die örtliche Wahlkommissionen mitteilten.

Nach internationalen Normen, vor allem aber nach russischen Rechtstraditionen, gilt ein Referendum dann als gültig, wenn mehr als 50 Prozent der Wähler daran teilgenommen haben.

In dem Gebiet Saporoschje lag die Wahlbeteiligung nach Abschluss des dritten Tages ebenfalls bei über 50 Prozent, eine offizielle Verlautbarung dazu hat es aber noch nicht gegeben. Im Gebiet Cherson lag die Beteiligung nach letzten Informationen noch bei knapp unter 50 Prozent der Wahlberechtigten.

Die aus Sicherheitsgründen zur Vermeidung großer Menschenansammlungen auf fünf Tage verteilte Abstimmung läuft noch bis Dienstag.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6330adbdb480cc415c55223b.jpg>

Eine Wählerin in der Volksrepublik Lugansk gibt ihren Stimmzettel in eine mobile Wahlurne ab, 25. September 2022

22:00 de.rt.com: **Telefonmitschnitte eines gescheiterten Mordanschlags**

Die Sicherheitsdienste der Volksrepublik Lugansk haben nach eigenen Angaben einen Mordanschlag auf einen hochrangigen Politiker vereitelt. "RIA Nowosti" liegen Telefonmitschnitte vor, die einen Einblick in die Planung derartiger Anschläge durch den ukrainischen Geheimdienst geben.

RIA Nowosti verfügt nach eigenen Angaben über die [Mitschnitte abgehörter Telefonate](#) zwischen dem ukrainischen Geheimdienst SBU und einem seiner Agenten. Dieser sollte, wie aus den Mitschnitten hervorgeht, einen Giftanschlag auf einen hochrangigen Politiker in Lugansk verüben. Er wurde aber frühzeitig entlarvt und verhaftet, der Anschlag konnte so verhindert werden.

Um den Mordanschlag ausführen zu können, sollte der Agent sich in einem Restaurant in Lugansk als Kellner bewerben. Nach Informationen des SBU soll die Zielperson des Anschlags in diesem Restaurant regelmäßig einkehren. Der Vorgesetzte in Kiew wies den

Agenten wie folgt in die Aufgabe ein:

"Wenn du den Job als Kellner bekommst und Zugang zu etwas hast, du verstehst was ich meine, dann warte bis er in einem 'schönen' Zustand ist. Das soll vorkommen. Die Ampulle, die musst du immer dabei haben. Du gibst sie einfach in das Glas, wenn die Bestellung kommt und für ihn eingeschenkt wird. Der ganze Effekt besteht also darin, dass man die Ampulle in das Glas schütten muss, wenn die Bestellung kommt – und das war's."

Für die Ausführung des Auftrags setzte der SBU dem Agenten eine Frist von zwei Monaten:

"Zwei Monate für die Vorbereitung müssen reichen, das ist das Maximum. (...) Wenn du dann das 'Instrument' bekommst, dann hast du noch ein paar Tage deine Arbeit zu erledigen", erklärt der SBU-Beamte. Für diese "Arbeit" wurde dem Agenten versprochen, dass hunderttausend Rubel an seine Familie gezahlt und weitere hunderttausend für Ausgaben – Benzin, Telefon – bereitgestellt würden. Offensichtlich hatte der Agent Probleme mit dem SBU und wollte sich freikaufen. Stattdessen wurde ihm angeboten, seine "Schuld vor der Ukraine" mit der Ausführung eines Mordanschlags "zu tilgen":

"Wir sind eine Einheit, die kein Geld gibt. Im Gegenteil, wir verteilen Geld, verstanden? Also das Geld, das der Staat zur Verfügung stellt."

Dem Täter wurde auch seine Evakuierung in die Ukraine nach dem Anschlag zugesagt.

Allerdings nur unter der Bedingung, dass er "eine ernsthafte Arbeit" verrichtet:

"Seine Schuld muss man abarbeiten, glaub mir, und vor allem bei unserer Firma – es sind hier nicht deine Freunde, nicht deine Freundinnen, die einfach so verzeihen und vergessen."

Wie die Quelle bei den Sicherheitsdiensten der Volksrepublik Lugansk gegenüber RIA Nowosti erklärte, bleiben derartige Versprechen jedoch in der Regel unerfüllt – sobald die Aufgabe abgeschlossen ist, wird der Vollstrecker in der Regel selbst beseitigt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63307630b480cc232e7c6d65.jpg>

22:10 de.rt.com: **Nächstes EU-Sanktionspaket: Sanktionierung von Kernenergie**

"unwahrscheinlich"

Die Produktion von Kernenergie werde wahrscheinlich nicht Bestandteil des nächsten EU-Sanktionspakets gegen Russland sein, meldet die US-Tageszeitung [Politico](#). Das nächste Maßnahmenpaket gegen Moskau werde nächste Woche vorgelegt – die neuen Sanktionen will die EU aufgrund der Referenden im Donbass verhängen. Politico stützt seine Einschätzung auf die Aussagen mehrerer Diplomaten, die mit der Angelegenheit vertraut sind, und berichtet:

"Die Diplomaten sagten, es sei 'unwahrscheinlich', dass die Kernenergie Teil des Pakets sein werde, obwohl Polen und die baltischen Länder zum ersten Mal an einem gemeinsamen Vorschlag für neue Sanktionen arbeiteten, der auch die russische Atomindustrie ins Visier nahm.

Für die EU ist es nicht so einfach, die Kernenergie einzubeziehen, die in Frankreich und auch in Bulgarien, das Energie in die westlichen Balkanländer und nach Griechenland exportiert, ein Schlüsselsektor ist. Ein Verbot wird vor allem deshalb als problematisch angesehen, weil

es zu Schwierigkeiten bei der Wartung der während der kommunistischen Ära in Bulgarien gebauten Kernkraftwerke führen könnte."

Statt an Sanktionen im Bereich der Kernenergie werde die Arbeit an einer Ölpreisobergrenze fortgesetzt, so die Zeitung.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/633079ddb480cc1af03c217f.jpg>

Kernkraftwerk Belojarsk in Russland

22:40 de.rt.com: **"Wir alle werden Teil der Geschichte" – Internationale Beobachter bei der Volksabstimmung in Lugansk**

Internationale Beobachter aus der Slowakei und Kamerun [besuchten](#) am Samstag Wahllokale in Lugansk, wo ein Referendum über den Beitritt der Volksrepublik Lugansk zur Russischen Föderation stattfindet.

Der kamerunische Beobachter Jean François Nicolas Biboum erklärte, dass "internationale Beobachter notwendig sind, um die wichtigsten Ergebnisse des Willens und der Bestrebungen" der Einwohner zu erfassen und "die Transparenz des Prozesses zu überwachen."

Am Dienstag beschlossen die Führungen der Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie die zivilen Militärverwaltungen der Regionen Cherson und Saporoschje, vom 23. bis 27.

September Volksabstimmungen über die Zugehörigkeit der Gebiete zu Russland abzuhalten.



<https://thumbs.odycdn.com/c673ec5345f5ac30720e6b4920090031.webp>

vormittags:

7:00 de.rt.com: **Letzte Asow-Kämpfer bei Flucht aus Asowstal Ende August gefangen genommen**

Etwa zwanzig Angehörige des nationalistischen ukrainischen Regiments Asow, die sich Ende Mai nicht ergeben und über mehrere Monate im Stahlwerk "Asowstal" versteckt haben, sind festgenommen worden. Die Gefangennahme gelang, nachdem die Kämpfer Ende August erfolglos versucht hatten, aus dem Gelände des Werks zu fliehen. Dies bestätigte eine Quelle in den Strafverfolgungsbehörden der Volksrepublik Donezk gegenüber der Nachrichtenagentur TASS und erklärte:

"Rund 20 Armeeangehörige der Ukraine haben sich ergeben, nachdem ihr Versuch, die Fabrik zu verlassen, Ende August dieses Jahres gescheitert war."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63306bea48fbef5e8a7fab37.jpg>

Die Ruinen des Stahlwerks "Asowstal"

7:01 de.rt.com: **Deutschland fordert Verbot für EU-Bürger, Positionen in russischen Unternehmen zu bekleiden**

Der Fall Gerhard Schröder lässt dem Kanzleramt wohl keine Ruhe. Wie die "Süddeutsche Zeitung" berichtet, will die Bundesregierung nun auf europäischer Ebene ein Verbot für EU-Bürger durchsetzen, in gehobener Anstellung in russischen Unternehmen tätig zu sein. Die deutsche Bundesregierung drängt Brüssel, EU-Bürgern zu verbieten, Führungspositionen in russischen Staatsunternehmen zu übernehmen. Das berichtete die Süddeutsche Zeitung am Sonntag unter Berufung auf ein Dokument, in dem der Vorschlag angeblich skizziert wurde. Dem Bericht zufolge heißt es in dem Papier, dass es EU-Bürgern nicht mehr erlaubt sein sollte, Stellungen in den Aufsichtsräten oder Vorständen von russischen Staatsunternehmen zu bekleiden. Das Verbot soll jedoch nicht für europäische Tochtergesellschaften russischer Unternehmen gelten.

Begründet wird der Vorschlag mit dem angeblichen Problem der "strategischen Korruption". Es sei eine langjährige russische Strategie, EU-Bürgern "gut bezahlte Positionen in den Führungsgremien" staatlicher Unternehmen anzubieten, um politischen Einfluss auf EU-Länder auszuüben.

Das Verbot könnte in das nächste EU-Sanktionspaket gegen Russland aufgenommen werden, heißt es in dem Bericht. Darüber hinaus wird in dem Dokument angeblich auch ein Verbot der Zusammenarbeit der EU mit russischen Atomunternehmen gefordert.

Laut der Süddeutschen Zeitung sollen die EU-Botschafter bei einem Treffen in Brüssel am

kommenden Mittwoch über weitere Sanktionen gegen Russland beraten. Anfang dieser Woche war berichtet worden, dass das achte Sanktionspaket eine Deckelung des russischen Ölpreises beinhalten und sich gegen russische Informationstechnologie und Cybersicherheit richten könnte.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6330aa1848fbef73ed6028bc.jpg>

Olaf Scholz (links) und Gerhard Schröder, Archivfoto (2015)

8:11 de.rt.com: **Gebiet Cherson hofft, in naher Zukunft ein Teil Russlands zu werden**

Kirill Stremoussow, der stellvertretende Leiter der Gebietsverwaltung, hat erklärt, dass das Gebiet Cherson in naher Zukunft eine konstituierende Einheit der Russischen Föderation werden will. Er betonte gegenüber [RIA Nowosti](#):

"Meine persönliche Meinung ist, dass dies in naher Zukunft geschehen wird, denn je eher wir ein Teil der Russischen Föderation und ein vollwertiges Subjekt werden, desto eher können wir ein friedliches Leben führen."

Ihm zufolge kann der Verlauf der Ereignisse im Zusammenhang mit dem Beitritt des Gebietes Cherson zu Russland trotz aller Einschüchterungsversuche und Drohungen von ukrainischer Seite weder geändert noch rückgängig gemacht werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63312b3cb480cc133c0df822.jpg>

Kirill Stremoussow während der Abstimmung beim Referendum

8:35 de.rt.com: **Wahlsieg für Giorgia Meloni: Mitte-rechts-Bündnis gewinnt in Italien absolute Mehrheit**

Giorgia Meloni könnte die erste Ministerpräsidentin Italiens werden. Ihr Bündnis aus rechtskonservativen Parteien hat die Wahl in Italien gewonnen. Die sozialliberale Demokratische Partei gesteht bereits ihre Niederlage ein.

Ein Parteienbündnis um die Partei Fratelli d'Italia hat nach vorliegenden Hochrechnungen die Wahl gewonnen. Dem Parteienbündnis gehören die Lega um Matteo Salvini sowie die Forza Italia um den früheren Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi an. Giorgia Meloni hat damit als Vorsitzende der stärksten Partei gute Chancen, die erste Ministerpräsidentin Italiens zu werden.

In der Nacht zum Montag erklärte Meloni vor ihren Anhängern:

"Das ist eine Nacht des Stolzes, der Erlösung, der Tränen, der Umarmungen, der Träume, der Erinnerungen."

Die 45-Jährige erklärte weiter, wenn diese Nacht vorbei sei, müsse aber klar sein, dass dies nicht das Ziel, sondern der Anfang sei.

Die Wahlbeteiligung war historisch niedrig. Am Wahlabend bis 19 Uhr hatten lediglich 51 Prozent von insgesamt 51 Millionen Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben. Bei Schließung der Wahllokale betrug die Wahlbeteiligung 63,8 Prozent. Sie war damit so niedrig wie bei keiner Parlamentswahl zuvor.

Klare Verliererin ist die Demokratische Partei. Sie erkennt das Wahlergebnis an, gleichzeitig verweigerte aber die Vizechefin Debora Serracchiani der Siegerin ihre Glückwünsche zum Wahlsieg.

Glückwünsche kamen dagegen von den rechtskonservativen Parteien in Europa. Beatrix von Storch (AfD) twitterte am späten Sonntagabend:

"Wir jubeln mit Italien!"

Glückwünsche kamen auch vom polnischen Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki sowie vom französischen EU-Abgeordneten Jordan Bardella von Marine Le Pens Rassemblement National (RN). Er schrieb auf Twitter, dass die Italiener der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen "eine Lektion in Demut" erteilt hätten.

Man darf daher gespannt sein auf Reaktionen aus Brüssel. Die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte noch in der vergangenen Woche geäußert, die EU-Kommission habe "Werkzeuge" bereit, sollte sich eine künftige mitte-rechts Regierung nicht an die EU-Verträge halten wollen. Dies wurde von verschiedenen Seiten als direkte Wahleinmischung ausgelegt.

Drittstärkste Kraft in Italien wird nun die Fünf-Sterne-Bewegung. Sie errang entgegen allen Erwartungen 16 Prozent der Stimmen. Sie landete damit weit vor der Berlusconi-Partei Forza Italia, die nach Hochrechnungen nur 9 Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnte.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6331480748fbef6536582ad2.jpg>
Giorgia Meloni in der Parteizentrale der Partei Fratelli d'Italia (Rom, 25. September 2022)

8:43 de.rt.com: **DVR: Zwei Mitglieder der Wahlkommission bei Beschuss durch ukrainische Truppen verletzt**

Zwei Mitglieder der Wahlkommission in Gorlowka in der Volksrepublik Donezk sind beim Beschuss durch ukrainische Streitkräfte während des Referendums über den Beitritt der DVR zu Russland verletzt worden. Das teilte das Hauptquartier der territorialen Verteidigung der

Republik mit.

DVR-Chef Denis Puschilin berichtete am Sonntagabend:

"Die Streitkräfte der Ukraine haben Gorlowka angegriffen und zwei Mitglieder der Wahlkommission verletzt. Ein Mann und eine Frau erlitten durch den Beschuss postkommotionelle Verletzungen und befinden sich unter ärztlicher Aufsicht."

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 26.09.2022

Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:

- 45 Mann;
- 5 Schützenpanzerwagen;
- 3 dauerhafte Feuerpunkte;
- 8 Spezialfahrzeuge.

Der Gegner setzt den Beschuss von Objekten der zivilen Infrastruktur in Ortschaften der LVR fort.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **Altschewsk, Rubeshnoje und Trawnwoje** unter Einsatz von amerikanischen Mehrfachraketenwerfern M142 HIMARS **beschossen** und 28 Raketen abgefeuert.

Durch Beschuss

- wurden in Altschewsk 4 Mehrparteienwohnhäuser und das Altschewsker Zentrum für Mutter und Kind beschädigt;
- wurden in Trawnwoje eine Garage und ein Bus der Straßenbaubehörde beschädigt;
- wurden in Rubeshnoje 8 Garagen zerstört und 3 beschädigt.

In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik wird wieder ein friedliches Leben aufgebaut.

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort.

Im Verlauf des 25. September haben sie mehr als 6 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Ustinowka und Toschkowka zurückgelassen wurden.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

9:11 de.rt.com: Ukrainische Streitkräfte beschießen Donezk und Makejewka

Die ukrainische Armee hat in der Nacht zum Montag Donezk und Makejewka innerhalb einer Stunde mit insgesamt 19 Granaten im Kaliber 152 und 155 Millimeter beschossen. Dies teilte die Vertretung der Donezker Volksrepublik (DVR) dem Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung von Fragen im Zusammenhang mit ukrainischen Kriegsverbrechen laut [TASS](#) mit.

Nach Angaben des Vertretungsbüros wurden die Bezirke Kiewski, Kuibyschewski, Kirowski und Leninski der Hauptstadt der DVR sowie der Bezirk Tscherwonogwardeiski in Makejewka beschossen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63313c6bb480cc1304023aec.jpg>

Schrapnell von einer 155-Millimeter-Granate

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 26.09.22 um 10:30 Uhr

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR **354 Geschosse** mit Panzern, Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **10 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss wurden **5 Zivilisten verletzt**. 9 Häuser und 7 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt. Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 2 Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“, 3 Lastwagen und mehr als 20 Mann.

Derzeit gehen die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten dringend darum, bei der Bewegung vorsichtig zu sein sowie die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

9:39 de.rt.com: LVR: Ukrainische Truppen beschießen Wahllokal in Rubeschnojer Schule

Ukrainische Streitkräfte haben in der Nacht eine Schule in Rubeschnoje in der Volksrepublik Lugansk (LVR) beschossen, in der sich ein Wahllokal für das Referendum befand. Sechs Granaten sind in das Gebäude eingeschlagen. Daraufhin beschloss die Wahlkommission, das Wahllokal in ein anderes Gebäude zu verlegen, [teilte](#) die Leiterin der zentralen Wahlkommission der LVR Jelena Krawtschenko mit.

Ihren Angaben zufolge seien alle Wahllokale in der Stadt wegen des Beschusses durch ukrainische Streitkräfte an alternative Orte verlegt worden.

10:15 de.rt.com: Hacker veröffentlichen Daten von 1.500 ukrainischen Geheimdienstmitarbeitern

Die russische Hackergruppe RaHDIIt hat auf der "[Nemesida](#)"-Webseite die Daten von mehr als

1.500 Mitarbeitern des ukrainischen Auslandsgeheimdienstes veröffentlicht.

Quellen in den Strafverfolgungsbehörden [bestätigen](#) der Nachrichtenagentur RIA Nowosti die Relevanz der Datei. Diese enthält insbesondere Daten über Vertreter des Nachrichtendienstes, die unter dem Deckmantel von Botschaften in mehr als 20 Ländern arbeiten.

Weiter umfasst die Liste sowohl Länder wie die USA, Frankreich, Italien, Deutschland und Polen, die die Ukraine im Konflikt mit Russland aktiv unterstützen als auch Staaten mit einer eher zurückhaltenden Position, darunter Aserbaidschan, Argentinien, Ungarn, Griechenland, Irak, Südafrika und Tadschikistan.

Darüber hinaus wurden die Daten ukrainischer Geheimdienstmitarbeiter, die in UN-, EU- und NATO-Büros arbeiten, sowie mehr 40 Standorte ukrainischer Einheiten des ukrainischen Auslandsgeheimdienstes, darunter eine geheime Bildungseinrichtung, ins Internet gestellt.

Nach Angaben der Hacker verschafften sie sich Zugang zu den Datenbanken des ukrainischen Außenministeriums und des Auslandsgeheimdienstes.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/633128f848fbef55d8270a8a.jpg>

10:37 de.rt.com: **Hohe Beteiligung bei Volksabstimmungen im Donbass – trotz Beschuss, Terror und Fake News**

Endloser Beschuss und tote Zivilisten, Terror und enormer Druck auf Wahlbeobachter aus EU-Ländern – so laufen die Referenden in den Donbass-Republiken und in der Ostukraine ab. Die Wahlbeteiligung ist jedoch fast überall hoch.

Der vorletzte Tag der Volksabstimmungen in den Donbassrepubliken und der Ostukraine hat begonnen – und das unter enormem Druck. Die Feindseligkeiten des ukrainischen Militärs und der ukrainischen Geheimdienste sind in diesen Tagen beispiellos, wie Medien unter Berufung auf lokale Behörden melden.

Die Nachrichtenagentur TASS berichtet von andauernden Drohungen gegen Organisatoren der Volksabstimmungen und lokale Verwaltungen. Die ukrainischen Streitkräfte bombardieren Hotels, in denen sich Journalisten aufhalten. Am 25. September geriet das Gästehaus Play in Cherson unter Beschuss. Ein RT-Team entging knapp dem Tod, der ehemalige Rada-Abgeordnete Aleksei Schurawko kam bei dem Angriff ums Leben. Wahllokale unter anderem in der Stadt Rubeschnoje werden direkt beschossen. Nach Angaben des DVR-Leiters Denis Puschilin gab es "auch zwei Fälle, in denen Mitglieder 'fliegender Wahlkommissionen' verletzt wurden".

Trotzdem liegt die Wahlbeteiligung beim Referendum über den Beitritt der Volksrepublik Donezk zur Russischen Föderation nach drei Tagen bei 77,12 Prozent, meldet die

Nachrichtenagentur TASS. Mehr als 1,2 Millionen Menschen haben im Rahmen des Referendums ihre Stimme abgegeben, so die Agentur.

Die Beteiligung in der Volksrepublik Lugansk liegt bei 76,09 Prozent. Im Gebiet Saporoschje fiel die Wahlbeteiligung bisher etwas niedrig aus. Am Abend des 25. September wurde dort eine Wahlbeteiligung von 51,55 Prozent bestätigt.

Im Gebiet Cherson liegt die Wahlbeteiligung derzeit bei 50 Prozent. Somit können die Volksabstimmungen als stattgefunden registriert werden.

Internationale Beobachter aus der EU und den USA, Serbien, Brasilien, Südafrika, Venezuela und Ägypten sind bei den Referenden im Einsatz, berichtet TASS. Die Beobachter bestätigen, dass die Abstimmungen allgemein ohne Unregelmäßigkeiten ablaufen.

Die unabhängige Journalistin Sonja van den Ende aus den Niederlanden äußerte sich in einem Gespräch mit der Agentur zu ihrem Eindruck von dem Referendum in der Lugansker Volksrepublik:

"Ich sehe eine freie Willensbekundung des Volkes, alles ist transparent. In den westlichen Medien wird alles so dargestellt, dass das Referendum unter Druck abgehalten wird, dass Soldaten mit Maschinengewehren die Menschen zur Stimmabgabe zwingen, aber so etwas sehe ich hier nicht. Alles ist rechtmäßig."

Allerdings wird die Präsenz ausländischer Beobachter von Skandalen begleitet. Die deutschen Beobachter stünden in ihren Heimatländern unter großem Druck, heißt es. Sonja van den Ende sagte im Gespräch mit dem Portal URA.ru, dass einer der deutschen Journalisten, der als Beobachter gekommen war, seinen Job bereits verloren habe:

"Ein deutscher Journalist ist gestern angekommen und hat bereits seinen Job verloren. Ihm wurde gesagt, er müsse sich morgen auf der Polizeiwache melden. Das ist absolut unmöglich."

Auch Stefan Schaller, dem Leiter des Energieversorgungsunternehmens Energie Waldeck-Frankenberg, drohen Konsequenzen. Deutschen Medien zufolge soll er von seinen Aufgaben als Geschäftsführer freigestellt werden, weil er sich als Beobachter gemeldet hatte. Der italienische Rechtsanwalt Marco Pata schloss in einem Gespräch mit der Agentur RIA Nowosti Sanktionen gegen Beobachter aus Italien wegen ihrer Anwesenheit beim Referendum nicht aus.

Sonja van den Ende fürchtet ebenfalls eine Strafverfolgung in ihrem Heimatland. Deshalb sei sie zusammen mit ihrer Tochter zum Referendum gekommen und habe vorerst nicht vor, in die Niederlande zurückzukehren, so die Journalistin gegenüber RIA Nowosti.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63316492b480cc0e492359ba.jpg>

Einwohner der Donbassrepubliken stehen Schlange, um ihre Stimme abzugeben

10:58 de.rt.com: **Melitopol: Ukrainischer Saboteur sprengt sich in die Luft – bereitete wahrscheinlich weitere terroristische Anschläge vor**

Ein ukrainischer Saboteur, der sich am 25. September in Melitopol, Gebiet Saporoschje, wohl aus Versehen in seinem Auto in die Luft gesprengt hat, bereitete terroristische Anschläge vor. Dies teilte ein Gesetzeshüter aus Melitopol gegenüber TASS mit. In seiner Wohnung sei ein weiterer Sprengsatz gefunden worden. Der Beamte erklärte:

"Der ukrainische Saboteur, der gestern in Melitopol starb, bereitete eine Reihe von Terroranschlägen vor, wie die Ermittlungen ergeben haben. Die Identität der Person, die sich in dem Auto befand und bei der Explosion ums Leben kam, wurde von den Einsatzkräften sofort festgestellt: Am Tatort wurde eine Einberufungsbescheinigung der ukrainischen Armee gefunden. Dies sowie die Detonation der Munition, die auch nach der Explosion anhielt, das verstreute Geld und andere Fakten und Beweise legen die Vermutung nahe, dass der Kämpfer an anderen Terroranschlägen beteiligt gewesen sein könnte."

"Bei der Durchsuchung seiner Wohnung wurden ein Sprengsatz mit Fernsteuerung, Zünder, explosive Telefone, verschiedene Teile zur Herstellung von Sprengkörpern und starke Magnete zur Befestigung von Sprengkörpern an der Unterseite eines Autos gefunden." Eine mögliche Verwicklung des Getöteten in andere terroristische Handlungen werde geprüft, so die örtlichen Behörden.

11:20 de.rt.com: **Ukrainische Streitkräfte beschießen Donezk 115 Mal in drei Tagen**

Die ukrainische Armee hat die Stadt Donezk in den drei Tagen des Referendums über den Beitritt der Volksrepublik Donezk zur Russischen Föderation 115 Mal beschossen. Dies berichtete der Bürgermeister Alexei Kulemsin am Montag laut [TASS](#). Er betonte:

"Das ist der übliche Terror, den die ukrainischen Kämpfer auf die Zivilbevölkerung ausüben." Kulemsin fügte hinzu, fünf von neun Bezirken der Stadt stünden derzeit unter Beschuss der ukrainischen Armee. Trotz des Beschusses hätten bereits etwa 80 Prozent der Einwohner von Donezk an dem Referendum teilgenommen.

"Das Referendum wird fortgesetzt. Nach den Ergebnissen von drei Tagen haben etwa 80 Prozent der Einwohner an der Abstimmung teilgenommen. Trotz des ständigen Beschusses gehen die Menschen aktiv zur Wahl."

11:50 de.rt.com: **Mindestens 13 Tote bei Schüssen in russischer Schule – Täter trug Nazi-Symbole**

Ein Mann, bekleidet mit einem T-Shirt mit Nazi-Symbolen, hat das Feuer auf Menschen in einer Schule in der russischen Stadt Ischewsk eröffnet. Nach neuesten Informationen sind dabei 13 Bei Schüssen in einer russischen Schule in der Stadt Ischewsk sind nach Behördenangaben am Montag mehrere Menschen getötet oder verletzt worden. Das Innenministerium der Republik Udmurtien sprach russischen Medien zufolge von 13 Toten und 20 Verletzten. Alexander Bretschalow, der Gouverneur der Republik, meldete:

"In Udmurtien gab es heute eine Tragödie in Ischewsk in der Schule 88. Ein noch nicht identifizierter Mann stürmte in die Schule und tötete einen Wachmann, das ist schon bekannt."

Das Untersuchungskomitee der Russischen Föderation berichtete, dass zwei Wachmänner, zwei Lehrer und neun Kinder getötet worden seien. Der Täter war ein 34-jähriger Absolvent der Schule, namens Artjom Kasanzew. In einer Erklärung heißt es:

"Der Angreifer der Schule in Ischewsk trug ein schwarzes T-Shirt mit Nazi-Symbolen und eine Sturmhaube. Er beging Selbstmord. Seine Identität wird festgestellt."

Der russische Journalist und Politiker Alexander Chinschtein berichtete:

"Der Mann, der das Feuer in der Schule in Ischewsk eröffnete, war mit einer Gummigeschosswaffe bewaffnet, die zum Abfeuern scharfer Munition umgebaut wurde."

Wie das Innenministerium der Region bestätigte, tötete sich der Täter selbst. Zu den Hintergründen der Tat gab es zunächst keine Angaben. Zu Ehren der Opfer der Schießerei in der Ischewsker Schule erklärte Udmurtien republikweite Trauer bis zum 29. September.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63316f7c48fbef6536582aec.jpg>

nachmittags:

12:02 de.rt.com: **Medienbericht: EU-Länder erwägen Exportverbot für Smartphones nach Russland**

Irland, Polen und die baltischen Staaten haben neue Sanktionen gegen Russland vorgeschlagen, darunter ein Verbot der Ausfuhr von Smartphones, Radaranlagen und Lasergeräten. Dies berichtet die Online-Ausgabe von EUobserver unter Berufung auf ein neunseitiges Dokument, das in Brüssel zirkuliert.

In dem Dokument werde vorgeschlagen, weitere russische Banken aus dem SWIFT-System auszuschließen, darunter Gazprombank, Alfa Bank, Rosbank und Tinkoff Bank. Die Länder haben auch ein Verbot des Kaufs, der Einfuhr und des Versands von Diamanten aus Russland gefordert. Darüber hinaus schlagen sie ein Verbot der Zusammenarbeit mit Russland im Bereich der Kernenergie, den Verkauf von Immobilien an Russen und den Transfer von EU- und US-Geldern nach Russland vor.

Zuvor hatten einige EU-Diplomaten vorgeschlagen, dass Brüssel als Reaktion auf das Donbassreferendum Sanktionen gegen eine Reihe kleiner russischer Banken und Einzelpersonen, die an der Organisation der Abstimmung beteiligt waren, verhängt und die Ausfuhr bestimmter Hightech-Güter verbietet.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63314411b480cc109b1c147d.jpg>

12:14 de.rt.com: **USA und Südkorea beginnen Seemanöver vor koreanischer Halbinsel**

Inmitten der Spannungen in der Region starten die USA und Südkorea gemeinsame Marineübungen. Schiffe der US-Marine treffen in einem südkoreanischen Hafen ein. Unterdessen feuert Nordkorea eine weitere ballistische Rakete in Richtung Japanisches Meer ab.

Seestreitkräfte der USA und Südkoreas haben ein gemeinsames Manöver begonnen. Die Übungen sind die ersten seit dem Jahr 2017, an denen ein US-Flugzeugträger beteiligt ist. Das viertägige Seemanöver vor der koreanischen Halbinsel soll die Entschlossenheit der Bündnispartner demonstrieren, auf "Provokationen Nordkoreas zu antworten", teilte Südkoreas Marine am Montag mit. Zudem soll die Übung die Fähigkeit beider Seestreitkräfte zur Durchführung gemeinsamer Einsätze verbessern. An dem Manöver ist der Flugzeugträger USS Ronald Reagan beteiligt.

Das Manöver startete einen Tag nach einem weiteren Raketentest durch Nordkorea. Nach Angaben des südkoreanischen Militärs handelte es sich um eine ballistische Kurzstreckenrakete. Diese soll eine Strecke von circa 600 Kilometern zurückgelegt haben und dabei auf eine Flughöhe von rund 60 Kilometern gestiegen sein.

Der Test wurde als Reaktion auf die Entsendung eines US-Flugzeugträgers nach Südkorea und die bereits zuvor geplanten Seeübungen gesehen. Der atomgetriebene Flugzeugträger USS Ronald Reagan war am Freitag im südkoreanischen Hafen von Busan eingetroffen. Ebenfalls am Freitag gaben die USA bekannt, dass Kamala Harris, die Vizepräsidentin der Vereinigten Staaten, kommende Woche Südkorea besuchen werde. Nordkorea wirft den USA wiederholt vor, die Militärmanöver mit Südkorea dienten der Vorbereitung eines Angriffs. Washington und Seoul dementieren dies stets.

Für die Seemanöver mobilisieren die Alliierten mehr als 20 Marineschiffe einschließlich Zerstörer. Nach Angaben der südkoreanischen Marine sind unter anderem Übungen zur U-Boot-Abwehr geplant. Die russische Nachrichtenagentur [Interfax](https://www.interfax.ru/) berichtet, dass der Raketenkreuzer Chancellorsville, der Zerstörer Barry und das Atom-U-Boot Annapolis an den Übungen teilnehmen werden.

Die Spannungen in der Region nehmen zu, da die USA und Südkorea weiterhin gemeinsame Übungen durchführen, während Nordkorea atomwaffenfähige Raketen testet.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/633162e1b480cc1304023b0b.jpg>

Gemeinsame Militärübungen der Vereinigten Staaten und Südkoreas im Jahr 2018, Pohang, Südkorea

12:51 de.rt.com: **Putin entbindet russischen Botschafter in der EU des Amtes**

Der russische Präsident Wladimir Putin hat Wladimir Tschischow von seinem Posten als ständiger Vertreter Russlands bei der Europäischen Union (EU) entbunden. Ein

entsprechendes Dekret wurde am Montag auf dem offiziellen Rechtsinformationsportal veröffentlicht. In dem Dokument heißt es:

"Wladimir Alexejewitsch Tschischow wird von den Aufgaben des ständigen Vertreters der Russischen Föderation bei der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft in Brüssel, Königreich Belgien, entbunden."

Zuvor hatte Tschischow bestätigt, dass er Brüssel nach einer 17-jährigen Tätigkeit als Repräsentant bald verlassen werde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63316c0c48fbef73ed6028e5.jpg>

13:15 de.rt.com: **Russland: Mann eröffnet Feuer in Einberufungsstelle – Behördenleiter schwer verletzt**

Ein junger Mann hat am Montag in einer Einberufungsstelle im Gebiet Irkutsk das Feuer eröffnet. Der Leiter der Stelle wurde schwer verletzt, er befindet sich auf der Intensivstation. Der Täter soll aus Verärgerung über Moskaus Teilmobilmachung gehandelt haben.

Ein Bewohner der Stadt Ust-Ilimsk hat am Montagmorgen das Feuer in einer Einberufungsstelle eröffnet und dabei den dortigen Militärkommissar schwer verletzt. Ein in den sozialen Netzwerken veröffentlichtes [Video](#) zeigt einen jungen Mann mit einer Waffe. Auf dem Video ist zu sehen, wie er einen Schuss abgibt und Leute fluchtartig die Räumlichkeiten verlassen.

Laut der Agentur RIA Nowosti wurde außer dem Militärkommissar niemand verletzt. Der Angreifer wurde festgenommen. Laut unbestätigten Informationen handelt es sich um den 25-jährigen Ruslan Sinin. Der regionale Untersuchungsausschuss leitete ein Strafverfahren wegen Angriffs auf einen Strafverfolgungsbeamten und illegalen Waffenhandels ein. Wie seine Mutter dem Telegram-Kanal Astra sagte, sei ihr Sohn über einen Einberufungsbefehl eines Freundes, der nicht in der Armee gedient habe, sehr besorgt gewesen. Ob er selbst einberufen werden sollte, ist unklar.

Igor Kobsew, Gouverneur des Gebietes Irkutsk, schrieb auf Telegram, dass sich der Verletzte auf der Intensivstation in einem kritischen Zustand befinde: "Die Ärzte kämpfen um sein Leben". Er habe angeordnet, die Sicherheitsmaßnahmen zu erhöhen. Zudem schrieb Kobsew, dass sich die Gesellschaft in diesen Zeiten vereinen sollte: "Wir müssen nicht gegeneinander kämpfen, sondern gegen echte Bedrohungen."

Seit der am vergangenen Mittwoch angeordneten Teilmobilmachung kommt es landesweit zu Brandstiftungen in Verwaltungsgebäuden, wo Reservisten einberufen werden. In vielen Städten gab es Antikriegsproteste, die größten fanden in Dagestan statt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63317e4f48fbef55d8270ab9.jpg>

13:29 de.rt.com: **Ankara: Konflikt in der Ukraine muss auf eine für Kiew gerechte Weise beendet werden**

Der Konflikt in der Ukraine müsse mit einem gerechten Frieden beendet werden, in erster Linie für Kiew. Das verkündete der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu am Montag auf einer Pressekonferenz in Tokio. Er sagte:

"Der Krieg in der Ukraine muss mit einem gerechten Frieden enden – vor allem einem gerechten Frieden für die Ukraine. Wie ich bereits sagte, betrachtet die Türkei diese Gebiete als besetzt. Aber wir geben die Hoffnung auf eine diplomatische Lösung nicht auf."

Er erklärte auch, dass der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan beabsichtige, die Kontakte mit seinen russischen und ukrainischen Amtskollegen fortzusetzen.

"Wir verfolgen weiterhin eine ausgewogene Politik. Unser Präsident wird den Dialog sowohl mit Putin als auch mit Selenskiy weiterführen. Es ist erwähnenswert, dass es im Westen Länder gibt, die die Kampfhandlungen in der Ukraine fortsetzen wollen, um Russland zu schwächen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/633180fb48fbef73ed6028fa.jpg>

Mevlüt Çavuşoğlu

13:56 de.rt.com: **Verteidigungsministerium Russlands: 100 Söldner der ukrainischen Fremdenlegion vernichtet**

Der offizielle Vertreter des russischen Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow, hat am Montag die Verluste der Streitkräfte der Ukraine [bekannt gegeben](#). Im Gebiet Charkow sollen in den vergangenen 24 Stunden über 120 Soldaten der

ukrainischen Truppen getötet oder verwundet sowie 15 Kampffahrzeuge zerstört worden sein. In der Nähe der Stadt Swjatogorsk habe die russische Luftwaffe bis zu 100 Söldner der "Fremdenlegion" mit Präzisionsschlägen vernichtet. Außerdem seien bei einem Raketenangriff auf einen ukrainischen Kommandoposten in der Nähe der Stadt Tschasow Jar in der Volksrepublik Donezk bis zu 25 ukrainische Soldaten getötet und mehr als 40 verletzt worden. Dabei seien ebenfalls acht Kampffahrzeuge außer Gefecht gesetzt worden. Zudem seien bis zu 50 Kämpfer, zehn Kampffahrzeuge und über 2.000 Artilleriegeschosse bei einem Präzisionsangriff auf den vorübergehenden Stationierungspunkt einer ukrainischen Artilleriebrigade in der Nähe der Stadt Otschakow im Gebiet Nikolajew eliminiert worden. Weiterhin seien innerhalb des vergangenen Tages fünf Kommandoposten der Streitkräfte der Ukraine sowie 56 Artillerieeinheiten in der Volksrepublik Donezk sowie in den Gebieten Saporoschje und Cherson liquidiert worden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/633188b948fbef5e8a7fabb3.jpg>
Panzer vom Typ T-72 der russischen Streitkräfte in Sewerodonezk, LVR

14:14 de.rt.com: **NATO fliegt pro Woche bis zu 35 Aufklärungsflüge entlang der weißrussischen Grenze**

Etwa 35 Flüge pro Woche werden von NATO-Flugzeugen entlang der belarussischen Grenze zu Aufklärungszwecken durchgeführt, so der Vorsitzende des Sicherheitsrates des Landes. Er verweist auch auf eine groß angelegte Verstärkung der Truppen des Bündnisses in Osteuropa. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg und westliche Politiker betonen unermüdlich, das Bündnis sei nicht auf Konfrontation aus. Dennoch nimmt die Zahl der NATO-Truppen und -Waffen in Osteuropa nicht erst seit dem Jahr 2014 stetig zu. Allein im laufenden Jahr wurde zweimal verkündet, dass das Bündnis seinen Zusammenschluss in der Region verstärkt hat. Derzeit registriert der weißrussische Sicherheitsrat besorgt eine starke Zunahme der Aufklärungsflüge entlang der Grenzen des Landes. Weißrusslands Staatssekretär im Sicherheitsrat Aleksander Wolfowitsch erklärte in einer Sendung des Fernsehsenders Belarus-1:

"Allein heute wurden vier Überflüge von Aufklärungsflugzeugen entlang der Grenzen der Republik Weißrussland registriert. Die Zahl der Einsätze überschreitet 30 bis 35 Aufklärungsflüge in einer Woche."

Wolfowitsch wies auch darauf hin, dass die Zahl der NATO-Übungen in Osteuropa erheblich zugenommen habe und die NATO-Gruppierung im europäischen Raum gestärkt worden sei: "Heute sind rund 35.000 Personen in Osteuropa im Einsatz. Die Zahl der Kampfflugzeuge in Osteuropa liegt bei über 2.000. Heute befinden sich 15 Kriegsschiffe im Mittelmeer und in

der Ostsee, darunter zwei atomgetriebene U-Boote, ein Flugzeugträger und über 300 see- und luftgestützte Marschflugkörper."

Im Juni bat der weißrussische Präsident Aleksander Lukaschenko Russland um die Lieferung von Raketensystemen vom Typ Iskander-M – auch zum Schutz der Grenzen gegen NATO-Flugzeuge. Damals wies Lukaschenko auf die Zunahme von Übungsflügen von NATO-Flugzeugen mit Nuklearsprengköpfen hin, die entlang der weißrussischen Grenze durchgeführt werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6331903548fbef5e8a7fab1.jpg>

14:28 de.rt.com: **ROSATOM-Chef beschuldigt Ukraine, die nukleare Sicherheit in der Region zu gefährden**

Ukrainische Truppen, die das Kernkraftwerk Saporoschje beschießen und die Energieinfrastruktur beschädigen, einschließlich der der Russischen Föderation, stellen eine Bedrohung für die nukleare Sicherheit in der Region dar. Darauf wies der Vorstandsvorsitzende von ROSATOM, Alexei Lichatschjow, auf der 66. jährlichen Generalkonferenz der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) hin. Lichatschjow kommentierte die Vorwürfe seiner Vorredner gegen Russland, die behaupteten, Russland würde Gebiete in der Nähe der AKW-Reaktoren beschießen:

"Innerhalb des UN-Systems hat jeder das Recht auf seine Meinung, aber niemand sollte das Recht auf seine eigenen Fakten haben. Die ukrainischen Streitkräfte beschießen das AKW Saporoschje mit Drohnen, schwerer Artillerie und Mehrfachraketenwerfern. Ukrainische Sabotagegruppen beschädigten die Übertragungsleitungen des Kernkraftwerks Kursk auf russischem Territorium. Dies ist eine direkte Bedrohung der nuklearen Sicherheit."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6331886c48fbef55d8270ac9.jpg>

15:01 de.rt.com: **Polens Armee bietet Bürgern militärische Schulungen an**

Vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine bietet Polens Armee für alle Bürger im Alter zwischen 18 und 65 Jahren militärische Schulungen an. Der eintägige Kurs umfasse den Umgang mit der Waffe, Schießtraining, Nahkampf sowie Orientierung im Gelände, teilte das Verteidigungsministerium am Montag in Warschau mit. Die Schulungen finden im Oktober und November jeweils samstags an siebzehn Standorten der polnischen Armee statt.

Voraussetzung für die Teilnahme ist die polnische Staatsangehörigkeit.

Polen plant schon seit Längerem, die Zahl seiner Streitkräfte zu vergrößern. So wurde kürzlich ein freiwilliger Grundwehrdienst eingeführt. Auch die Mitarbeiter der polnischen Post sind aufgerufen, sich von Verbänden des Heimatschutzes (WOT) im Umgang mit der Waffe schulen zu lassen.

Gegenwärtig zählt die polnische Armee 110.000 Soldaten, hinzu kommen 30.000 Männer und Frauen im Heimatschutz. Geplant ist eine personelle Aufstockung auf 250.000 Berufssoldaten und 50.000 Mitglieder des Heimatschutzes. Polen und die Ukraine verbindet eine mehr als 500 Kilometer lange Grenze.

15:30 de.rt.com: **EU-Vorschlag gescheitert: Keine Einigkeit beim Ölpreisdeckel**

Die EU-Kommission versuchte am Wochenende, das nächste Sanktionspaket gegen Russland durchzusetzen. Anlass sollen die Referenden sein; der von den USA gewünschte Ölpreisdeckel der zentrale Vorschlag. Aber Zypern und Ungarn sollen sich widersetzt haben. Am Wochenende traf sich die EU-Kommission mit Vertretern der Mitgliedsstaaten, um ein weiteres Sanktionspaket gegen Russland vorzubereiten. Kernpunkt sollte der von den G7 beschlossene Preisdeckel für Öl sein.

Nach Aussage von Bloomberg gelang es nicht, die erforderliche Einstimmigkeit herzustellen. Zypern und Ungarn sollen die Zustimmung verweigert haben.

Der angestrebte Preisdeckel für Öl ist unter Ökonomen sehr umstritten, da die gegenwärtigen Preise eine Folge eines verringerten Angebots sind und ein Preisdeckel dieses Problem eher verschärfen als beheben würde. Aber die EU-Kommission hat sich den Wünschen der USA angeschlossen, einen solchen Schritt anzustreben.

Das nächste Sanktionspaket soll noch vor dem 06. Oktober fertig sein, wenn sich die EU-Staatschefs bei einem informellen Treffen in Prag begegnen. Neben dem Ölpreisdeckel ist die Sanktionierung von Diamanten und Stahlprodukten im Gespräch.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6331ab34b480cc016d58970e.jpg>
Shell-Raffinerie in Weseling, 15.08.2022

15:33 de.rt.com: **Russische Streitkräfte: Eine ukrainische Su-24 und dreizehn Drohnen an einem Tag abgeschossen**

Nach [Angaben](#) des Verteidigungsministeriums Russlands sollen die russischen Truppen

innerhalb des vergangenen Tages drei ukrainische Munitions- sowie Artilleriedepots in der Volksrepublik Donezk zerstört haben. Zudem habe die russische Luftwaffe ein ukrainisches Kampfflugzeug vom Typ Su-24 in der Nähe der Stadt Selidowo in der Volksrepublik Donezk abgeschossen. Außerdem seien dreizehn ukrainische Drohnen in den Gebieten Cherson und Saporoschje sowie in der Volksrepublik Donezk vernichtet worden. Darüber hinaus seien 19 HIMARS- und Olha-Geschosse in der Nähe der Antonowski-Brücke im Gebiet Cherson sowie über der Stadt Swatowo in der Volksrepublik Lugansk und über Nowaja Kachowka im Gebiet Cherson abgeschossen worden.

16:05 de.rt.com: **Peskow: Keine Grenzschießung aufgrund der Teilmobilisierung geplant**

Die russischen Behörden hätten im Zusammenhang mit der Ankündigung der Teilmobilisierung keine Entscheidungen zur Schließung der Grenzen getroffen. Das verkündete der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow. Auf die Frage nach einer möglichen Schließung der Grenzen sagte er laut [RIA Nowosti](https://ria.ru/):

"Davon ist mir nichts bekannt. Im Moment gibt es keine Entscheidungen in dieser Angelegenheit."

Peskow merkte an, dass es derzeit mehr Falschmeldungen als Wahrheiten gebe, sowohl von Feinden als auch von "Hysterikern daheim". Er mahnte zur Vorsicht bei "allen angeblichen Leaks". Er fügte hinzu:

"Es gibt Fälle, in denen gegen das Dekret [zur Teilmobilmachung] verstoßen wird. In einigen Regionen arbeiten die Gouverneure aktiv daran, die Situation zu bereinigen. Unsere einheimischen Journalisten, Vertreter von öffentlichen Organisationen und NGOs leisten aktive und sehr notwendige Arbeit. Und das ist sehr wichtig."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63319d52b480cc7859733706.jpg>

17:23 (16:23) deu.belta.by: **Makej sprach über seine Treffen hinter den Kulissen der UN-Generalversammlung**

Am Rande der UN-Vollversammlung in New York hielt (der weißrussische) Außenminister Wladimir Makej etwa zehn Treffen hinter verschlossenen Türen ab, darunter mit Vertretern aus der EU und den USA. Über diese Gespräche haben die Medien auf Wunsch der ausländischen Teilnehmer nicht berichtet. Das sagte Wladimir Makej während der Online-Pressekonferenz am 25. September.

Der Leiter des belarussischen Außenministeriums betonte, dass die Stimme unseres Landes in der internationalen Gemeinschaft nach wie vor gehört wird und gehört werden soll. Davon zeugen mehrere Treffen mit ausländischen Diplomaten während der UN-

Generalversammlung in New York.

„Wir haben in absolut freundschaftlicher und konstruktiver Manier über die Stärkung der bilateralen Beziehungen und über globale Sicherheitsfragen gesprochen. Und es war wirklich ein Gespräch unter Freunden oder Partnern“, betonte der Minister.

Auf die Frage der Telegraphenagentur BelTA, ob es Treffen hinter den Kulissen gegeben habe, über die die Medien nicht berichtet hätten, antwortete Wladimir Makej, dass es etwa 10 davon gegeben habe. „Das waren Treffen mit Europäern und Amerikanern. Und sie baten uns darum, unsere Gespräche vertraulich zu behandeln“, erklärte er.

Der Leiter des belarussischen Außenministeriums erklärte, er habe Verständnis für ein solches Ersuchen der Vertreter der Europäischen Union, die sich für ein „Bollwerk der Demokratie“ halte und Belarus der Menschenrechte und demokratischer Regeln belehre, während in ihr selbst aber „Knüppeldisziplin und Drill“ herrschten.

Was die US-Vertreter betrifft, so scherzte Wladimir Makej über die Geheimhaltungspflicht: „Belarus besitzt ein derart großes Potential, dass selbst eine Berichterstattung über ein Treffen mit den US-Vertretern eine Wirkung haben kann, um eine Supermacht wie die USA zu ruinieren“.

Wladimir Makej sieht in der Fortsetzung des konstruktiven Dialogs mit den Partnern ein wichtiges Ergebnis aller Gespräche: „Wir brauchen keine Berichterstattung um der Berichterstattung willen und keine Treffen, um ein schönes Bild in den Medien zu haben. Darum geht es überhaupt nicht. Für mich ist das wichtigste Ergebnis der Treffen hinter verschlossenen Türen, dass es uns gelungen ist, Kontakte und Kommunikationskanäle wiederherzustellen oder offen zu halten, die derzeit sehr wichtig sind und die für den Informationsaustausch und die Vermittlung unserer Standpunkte notwendig sind. Glauben Sie mir, es gibt sehr gute, konkrete positive Vereinbarungen, die in die Zukunft gerichtet sind. Ich sehe die Zukunft nicht durch die rosarote Brille und hege keine Hoffnungen, dass sich alles über Nacht ändern wird. Aber es ist wichtig zu verstehen, dass es viele Kollegen gibt, die die Absurdität der gegenwärtigen Situation und die Notwendigkeit, aus ihr herauszukommen, verstehen. Ich bin davon überzeugt, dass die Ergebnisse dieser Treffen letztendlich ihre Früchte tragen werden.“



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000020_1664202284_62119_big.jpg

16:38 de.rt.com: **Erneuter Beschuss von Krasny Liman: Zivilisten getötet**

Beim Artilleriebeschuss der Stadt Krasny Liman in der Donezker Volksrepublik durch die ukrainische Armee seien Zivilisten getötet worden. Dies [berichtete](#) die Volksmiliz der Volksrepublik Donezk auf ihrem Telegram-Kanal. In der Erklärung heißt es:

"Krasny Liman wurde erneut vom Artilleriebeschuss durch die ukrainischen Streitkräfte getroffen. Artilleriegeschosse trafen ein Lebensmittelgeschäft und ein Auto. Dabei wurden Zivilisten getötet."

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 26. September 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In Mariupol, Wolodarskoje und Wolnowacha geht der Anschluss von Verbrauchern an das Telekommunikationsnetz weiter. In Nowotroizkoje wurde die technische Überwachung bei der Durchführung von Bauarbeiten an einer Wasserleitung durchgeführt, die Arbeiten zur Verlegung einer Faseroptikmagistrale gehen weiter.

Das staatliche Unternehmen „Awtodor“ hat Arbeiten zur Planierung der Seitenstreifen an der Autostraße „Kremenewka – Kirilowka“ mit einer Planierdrape durchgeführt (8 km wurden planiert).

In den befreiten Ortschaften wurden in Einrichtungen des Gesundheitswesens Beratungen und medizinische Behandlungen für die Bevölkerung durchgeführt.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 5,5 Hektar Gelände untersucht und 100 explosive Objekte entschärft. Außerdem wurden 21.310 Quadratmeter Gebäude untersucht. 101 Mitarbeiter und 22 Stück Technik wurden eingesetzt.

Spezialisten der Elektrizitätswerke führen weiter Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Stromnetzen und Umspannwerken in Kominternowo, Wolnowacha, Mariupol und Mironowskij durch. In Mariupol und Wolnowacha wurden Haushalte angeschlossen.

Die bewaffneten Formationen der Ukraine beschießen weiter Objekte der Stromversorgung der Donezker Volksrepublik. In der Folge von Angriffen haben Industriebetriebe, soziale Objekte und Haushaltsverbraucher keinen Strom.

Die ukrainischen Kämpfer beschießen zielgerichtet Energieinfrastruktur, um im Donbass eine humanitäre Katastrophe zu schaffen. Auch in den Ortschaften, die im Verlauf der militärischen Spezialoperation befreit wurden, hat der Gegner dem Stromversorgungssystem enormen Schaden zugefügt.

Dennoch unternehmen die Energietechniker der Donezker Volksrepublik alle notwendigen Maßnahmen, um rechtzeitig Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an den Stromnetzen und Umspannwerken vorzunehmen.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministeriums der DVR zu wenden.

17:07 de.rt.com: **Website der LVR-Generalstaatsanwaltschaft zum zweiten Mal seit Beginn des Referendums gehackt**

Die Website der Generalstaatsanwaltschaft der Volksrepublik Lugansk (LVR) wurde zum zweiten Mal seit Beginn des Referendums zum Beitritt der LVR zur Russischen Föderation gehackt. In einer am Montag veröffentlichten [Erklärung](#) heißt es:

"Die offizielle Website der Generalstaatsanwaltschaft der Volksrepublik Lugansk ist erneut gehackt worden. Die Wiederherstellungsarbeiten sind derzeit im Gange."

Zuvor war die Website am 23. September, dem ersten Tag der Wahl, gehackt worden.

17:36 de.rt.com: **Donezk: Ukrainische Truppen beschießen Donezk seit Beginn des Referendums ununterbrochen**

Der Beschuss von Donezk durch die ukrainische Armee während des Referendums über den Beitritt der Donezker Volksrepublik (DVR) zu Russland, das am 23. September begonnen hat, habe weder am Tag noch in der Nacht aufgehört. Darauf wies der Bürgermeister der Stadt,

Alexei Kulemsin, laut [TASS](#) am Montag hin. Er erklärte:

"In diesen drei Tagen hat der Beschuss nicht aufgehört, weder nachts noch tagsüber. In der Nacht gab es heute schweren Beschuss. Seit dem Morgen stehen fünf von neun Stadtteilen unter Beschuss."

"Lepestok-Antipersonenminen wurden in den Vierteln Kirowski und Petrowski entdeckt. Es gibt bereits verwundete Zivilisten, die unter anderem durch diese Lepestok-Minen verletzt wurden."

Der Bürgermeister fügte hinzu, dass die Menschen trotz des Beschusses aktiv an der Abstimmung teilnehmen. Am Ende der drei Tage hätten rund 80 Prozent der Einwohner der Stadt ihre Stimme abgegeben.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6331ac8248fbef73ed60293d.jpg>

Eine druckaktivierbare Antipersonenmine Lepestok

17:44 de.rt.com: **Reuters: USA stehen vor Erdgasverknappung**

Nach einem aktuellen Bericht von Reuters ist die Erdgasproduktion in den USA rückläufig. Anlässlich eines erhöhten Gasbedarfs für Heizungen kämen in den USA jetzt Forderungen auf, die Erdgaslieferungen nach Europa zu drosseln.

Laut einer Reuters-Analyse haben Schiefergasproduzenten in den Vereinigten Staaten Schwierigkeiten, die wachsende inländische und internationale Erdgasnachfrage zu decken. Der unerwartet heiße Sommer und der Mangel an alternativen Energiequellen hätten dazu geführt, dass die nationalen Vorräte unter dem saisonalen Durchschnitt liegen, so der Reuters-Bericht. Trotz des Anstiegs der Gaspreise gebe es keine Anzeichen für eine Erhöhung der Lagerbestände.

Nach den jüngsten Daten trage das Permian Shale Basin etwa zwölf Prozent zur gesamten Erdgasproduktion der USA bei, und die Zahl der Bohranlagen im Permian-Becken sei seit zwei Wochen in Folge rückläufig.

"Weniger Bohrungen bedeuten weniger assoziiertes Gas, das dem nationalen Gesamtwert hinzugefügt werden kann", berichtete die Nachrichtenagentur.

Während US-Energieunternehmen Flüssigerdgas (LNG) in Rekordmengen nach Europa exportiert haben, würden in letzter Zeit Forderungen laut, diese Lieferungen zu reduzieren. Damit könne man sicherzustellen, dass genug Gas für den US-Markt vorhanden ist.

"Da die Heizsaison sowohl in Europa als auch in den Vereinigten Staaten vor der Tür steht und in beiden Ländern viele Menschen Gas zum Heizen verwenden, sehen die Preisaussichten für Gas aus Sicht der Verbraucher nicht gut aus", schrieb Reuters.

Dem Bericht zufolge sei es unwahrscheinlich, dass die Gaspreise in den USA auch nur

annähernd das europäische Niveau erreichen werden, "aber sie sind um satte 300 Prozent höher als vor einigen Jahren, als Gas billig war, weil es im Überfluss vorhanden war".



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/633186c3b480cc7e152295b6.jpg>

abends:

18:12 de.rt.com: **Wahlbeobachtung bei Russen: Von deutscher Seite nicht erwünscht**

Es gibt deutsche Wahlbeobachter bei den Referenden in Donezk, Lugansk, Saporoschje und Cherson. Von deutscher Seite sind sie allerdings nicht erwünscht, auch wenn sie die Tätigkeit regelgerecht erfüllen. Einer von ihnen wurde jetzt als Geschäftsführer eines kommunalen Unternehmens "freigestellt".

Der kreiseigene Versorger Energie Waldeck-Frankenberg hat seinen Geschäftsführer Stefan Schaller heute in einer Sitzung von Aufsichtsrat und Vorstand freigestellt, heißt es in seiner [Pressemitteilung](#). Vorausgegangen waren Pressemeldungen über seine Anwesenheit als Wahlbeobachter beim Referendum im Gebiet Saporoschje.

Skandalisiert wurde Schallers Reise zuerst von Lars Wienand auf t-online; einem Autor, der öfter Informationen veröffentlicht, die mit hoher Wahrscheinlichkeit aus Nachrichtendiensten stammen. Er hat, so [schreibt](#) er selbst in seinem Artikel, den Landrat des Kreises Waldeck-Frankenberg kontaktiert und dadurch dafür gesorgt, dass noch am Samstag der Ältestenrat und der Kreisausschuss in einer Sondersitzung beschlossen, Schallers Freistellung von seiner Tätigkeit zu veranlassen. Die einzigen Gegenstimmen kamen von der AfD; zuvor hatten allerdings AfD-Politiker geplante Reisen zum selben Zweck auf Druck hin abgesagt.

Bereits bei den ersten Referenden im Donbass im Jahr 2014 war in deutschen Medien zum einen der Vorwurf erhoben worden, es habe dabei keine internationalen Beobachter gegeben, und zum anderen war all jenen, die den Vorgang dennoch beobachtet hatten, jegliche Unabhängigkeit abgesprochen worden.

Der Landrat des Kreises Waldeck-Frankenberg, Jürgen van der Horst, [erklärte](#) am Freitag: "Allein der Besuch in der Region sowie die Tätigkeit, das Schein-Referendum als Wahlbeobachter zu begleiten, können als Legitimierung des völkerrechtswidrigen Vorgangs gedeutet werden." Die Berichterstattung der russischen Nachrichtenagentur TASS über die Beobachter interpretierte er so, dass diese "den Aufenthalt für propagandistische Zwecke" nutze.

Wienand warf Schaller auf t-online noch einen anderen Aufenthalt in Russland vor. In dessen Rahmen habe er an einer Konferenz zum Thema "Die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Sicherung demokratischer Standards bei der Organisation und Durchführung von Wahlen" teilgenommen und danach die Wahlen zur Duma im russischen Gebiet Komi beobachtet. Wienand zieht daraus die Schlussfolgerung: "Er war schon mal in russischen Diensten bei einer Duma-Wahl." Warum? Er "äußerte sich positiv über die Organisation".

Es ist international üblich, dass Wahlbeobachter auf Einladung unterschiedlichster Organisationen tätig sind, und es ist ebenso üblich, dass sie vor ihrem Einsatz entsprechend geschult werden. Auch wenn das Auswärtige Amt deutsche Wahlbeobachter entsendet, heißt das rechtlich nicht, dass deutsche Wahlbeobachter, die beispielsweise von einer russischen Organisation eingeladen werden, nicht die Kriterien für eine ordnungsgemäße Beobachtung erfüllen.

Nach Angaben der Hessischen/Niedersächsischen Allgemeinen (HNA) erfolgte Schallers Einladung durch die russische Zivilkammer, auf Vorschlag der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation. In der Zivilkammer sind die unterschiedlichsten Vereinigungen vertreten, die in Deutschland als Nichtregierungsorganisationen klassifiziert würden. Die ursprüngliche Vorstellung der Rundfunkräte in Deutschland entsprang einem ähnlichen Konzept. Die Einladung von Wahlbeobachtern durch diese Struktur entspricht also den international üblichen Regeln.

Schaller selbst erklärte, er habe für diese Beobachtungsmission Urlaub genommen. "Ich stelle fest, was ich sehe, wohl wissend, dass ich nur das zu sehen bekomme, was ich sehen soll." Er habe aber die Möglichkeit, mit den Menschen auf der Straße zu sprechen. "Und es ist nicht so, dass die Menschen mit Waffengewalt gezwungen werden, zur Abstimmung zu gehen."

Schaller hat nach Angaben dieses Berichts seine Beobachtungsmission mittlerweile abgebrochen und will sich auf den Rückweg nach Deutschland machen. Nachdem aber entlang der gesamten Kontaktlinie der ukrainische Beschuss in den letzten Tagen massiv zugenommen hat, ist nicht absehbar, wann und wie schnell eine sichere Rückkehr möglich ist. "Ich versuche jetzt aber, so schnell wie möglich nach Deutschland zurückzukommen. Es gibt einiges klarzustellen."



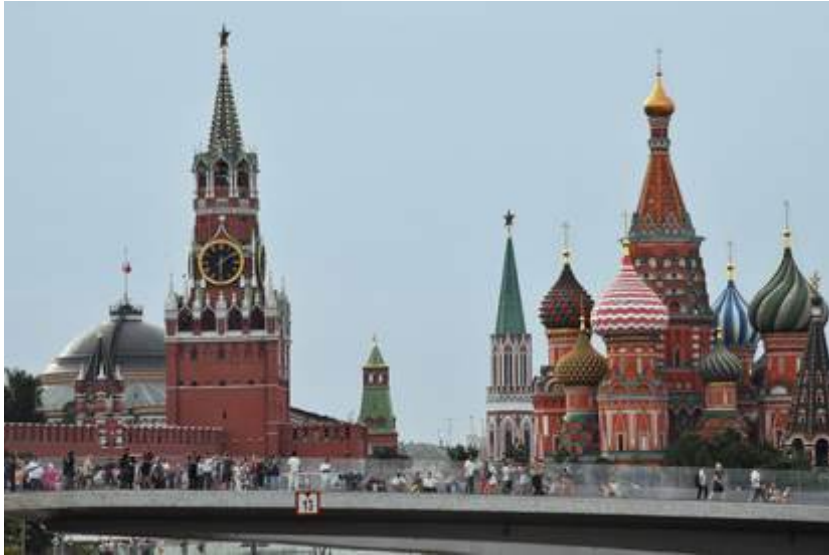
<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/633195e9b480cc03b5455fd5.jpg>

Referendum in Donezk, 26. September 2022

18:12 de.rt.com: **Kreml: Kontakte zu USA auf angemessenem Niveau, aber sporadisch**

Der Kremlsprecher Dmitri Peskow hat am Montag der russischen Nachrichtenagentur RIA Nowosti zufolge erklärt, dass die Kontakte zwischen Russland und den USA auf einem "angemessenem Niveau" seien. Peskow wörtlich:

"Es gibt zwar Kanäle für den Dialog, aber die haben einen sporadischen Charakter. Zumindest kann man einige Notfallmeldungen zu wichtigen Themen einander nahebringen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6331aff5b480cc01f30be0a9.jpg>
 Spasskaja-Turm des Moskauer Kremls und die Basilika-Kathedrale in Moskau

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 Uhr am 26.09.22**

Am heutigen Tag hat der Gegner nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR **mehr als 110 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern BM-27 „Uragan“ geladen mit Antipersonenminen „Lepestok“, Rohrartillerie des Kalibers 155 und 152mm **abgefeuert**. Die Gebiete von **9 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss wurden **4 Zivilisten verletzt**. Ein Haus wurde zerstört, 21 Häuser und 4 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) werden weitergeführt. Wir bitten eindringlich, bei der Bewegung vorsichtig zu sein und auch die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

18:44 de.rt.com: **Litauen übergibt fünfzig M113-Schützenpanzer an Ukraine**

Litauen hat der Ukraine fünfzig Schützenpanzer vom Typ M113 übergeben. Der Verteidigungsminister Arvydas Anušauskas [erklärte](#) diesbezüglich während einer Übertragung des litauischen Rundfunkportals LRT:

"Erst vor drei Tagen kamen die von uns geschickten Panzerfahrzeuge in der Ukraine an. Jetzt wurden der Ukraine fünfzig Schützenpanzer vom Typ M113 übergeben."

Weitere Waffenlieferungen werde Litauen in Übereinstimmung mit der NATO vornehmen, so Anušauskas weiter. Der Minister merkte an, dass Vilnius als Kompensation für die abgegebenen Schützenpanzer eine schnellere Lieferung der bereits erworbenen US-amerikanischen Militärfahrzeuge vom Typ JLTV erwarte.



<https://pbs.twimg.com/media/Fdlj68qWQAMGL74?format=jpg&name=small>

19:22 de.rt.com: **USA: Zusätzliche 457,5 Millionen US-Dollar zur Unterstützung der Ukraine bereitgestellt**

Der Außenminister der Vereinigten Staaten, Antony Blinken, hat am Montag [erklärt](#), dass die US-Regierung weitere 457,5 Millionen US-Dollar bereitstellen werde, um die ukrainischen Strafverfolgungsbehörden zu unterstützen. In der Erklärung hieß es:

"Die Vereinigten Staaten haben heute weitere 457,5 Millionen US-Dollar an ziviler Sicherheitshilfe bereitgestellt, um die Bemühungen der ukrainischen Strafverfolgungsbehörden zu verstärken."

Nach Angaben des US-Außenministers wird ein Teil dieses Geldes auch dazu verwendet, "die Bemühungen der ukrainischen Regierung zu unterstützen, Verbrechen zu dokumentieren, zu untersuchen und zu verfolgen", die nach Ansicht Washingtons und Kiews von den russischen Streitkräften begangen wurden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6331ba41b480cc01f30be0b4.jpg>

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij und US-Außenminister Antony Blinken im September in Kiew, Ukraine

19:53 de.rt.com: **Erdoğan hofft auf ein Treffen zwischen Putin und Selenskij**

Das offizielle Ankara hat die Organisation eines Treffens zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und seinem ukrainischen Amtskollegen Wladimir Selenskij zum Ziel. Dies erklärte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan. Während des Treffens solle eine Waffenruhe ausgehandelt werden. Erdoğan sagte in seiner Ansprache an die Nation nach

einer Sitzung des Ministerkabinetts:

"Unser Ziel ist es, in nächster Zeit eine Zusammenkunft von Putin und Selenskij zu organisieren, um eine dauerhafte Waffenruhe zu erwirken."

Außerdem dankte der türkische Präsident Putin und Selenskij für die Zusammenarbeit bei der Organisation des Gefangenenaustauschs zwischen Moskau und Kiew.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6331cbd8b480cc016d589732.jpg>

20:32 de.rt.com: **Krim-Chef Aksjonow: Friedensvereinbarungen mit Kiew unmöglich**

Die einzig mögliche Lösung des Ukraine-Konflikts sei eine vollständige Kapitulation der ukrainischen Regierung, Verhandlungen mit Kiew seien unmöglich, erklärte das Oberhaupt der Krim, Sergei Aksjonow. In seinem Telegram-Kanal schrieb er:

"Jegliche Verhandlungen mit diesen westlichen Marionetten sind unmöglich. Jede Friedensvereinbarung wäre unter gegenwärtigen Bedingungen eine Zwischenetappe. Unsere Feinde werden niemals anhalten. Welches Gebiet auch immer nach der militärischen Spezialoperation unter Kiews Kontrolle bleibt, man wird versuchen, es nach den letzten NATO-Standards aufzurüsten, alle möglichen Waffen liefern – einschließlich nuklearer. Selbst bei der kleinsten Chance werden sie weiter morden, Sabotageakte und Terroranschläge in befreiten Regionen veranstalten, Hass zwischen den Völkern säen."

Aksjonow fügte hinzu, dass er nach dem Ende der Referenden in den Donbass-Republiken sowie in den Gebieten Saporoschje und Cherson eine Statusänderung der militärischen Spezialoperation erwarte. Die Abstimmungen würden den ungeklärten Status der entsprechenden Gebiete beseitigen und sie zu vollwertigen Teilen Russlands machen. In Bezug auf die Kampfhandlungen erklärte Aksjonow:

"Wir werden de facto keine militärische Spezialoperation mehr, sondern eine Anti-Terror-Operation auf unseren Gebieten durchführen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6331e91fb480cc4ea56c4a9e.jpg>
Sergei Aksjonow, Aufnahme vom 23. Februar

20:49 de.rt.com: **Lukaschenko: "Ohne gebührenden Respekt kein Dialog mit dem Westen"**

Weder Weißrussland noch Russland werden eine Demütigung durch westliche Länder hinnehmen, sagte der weißrussische Präsident Lukaschenko bei einem Treffen mit seinem russischen Amtskollegen in Sotschi.

Weißrussland und Russland werden keinen Dialog mit dem Westen führen, wenn dieser ihnen nicht den gebührenden Respekt zolle, betonte Alexander Lukaschenko bei einem Gespräch mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin in Sotschi. Dies berichtete die Nachrichtenagentur TASS am Montag. Lukaschenko betonte:

"Demütigungen werden nicht geduldet. Russland ist ein riesiges Land. Von welchen Demütigungen ist da überhaupt die Rede?"

Nach Ansicht Lukaschenkos setzen sich die USA "eine Krone auf den Kopf" und wollen nun "die Welt regieren". "Wer mit uns in Frieden leben und uns respektieren will, dem stehen wir offen gegenüber", stellte er klar, "aber wir werden keine Demütigung dulden". Kein Russe werde zulassen, dass ein Präsident "so eine Linie" verfolge, meinte das Staatsoberhaupt Weißrusslands.

Er erwarte auch von den europäischen Regierungen, dass sie "auf die Stimmen ihrer Bürger hören", die derzeit mit den Protesten auf die Straße gehen, sagte Lukaschenko. "Ich habe mir die Morgennachrichten angesehen: Ganz Europa ist in Aufruhr. Das reiche Deutschland – alle sind auf der Straße, alle protestieren. Aber irgendwann wird man sie hören. Ich denke, man wird das tun", so der weißrussische Präsident.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6331b4aeb480cc016d589720.jpg>

